



Einzonen - auszonen: Die Motion der IG Quartierbewohner im Gebiet Strafanstalt Lenzburg verlangt die Umzonung des Baumgartens nördlich der Strafanstalt (die schraffierte dreieckige Fläche rechts auf dem Plan) von der Zone für öffentliche Bauten in die Grünzone, sowie die Umzonung des Wieslandes westlich der Anstalt (rechteckige schraffierte Fläche links im Bild) von der Grünzone in die Zone für öffentliche Bauten, wo die «Dingi»-Baracke platziert werden soll.

«Bürger-Motion» betreffend Zonenänderung bei der Strafanstalt vor Einwohnerrat Lenzburg

«Dingi» nicht verhindern, aber Standort verschieben

HH. Das Projekt «Dingi» der Strafanstalt Lenzburg - die Betreuung drogenabhängiger Insassen in einer Baracke auf Straf anstalts-Areal, aber ausserhalb der Mauer - wird von der Nachbarschaft des «Fünfsterns» vehement bekämpft. Mit einer Motion, eingereicht von der «Interessengemeinschaft der Quartier-Bewohner im Gebiet Strafanstalt Lenzburg», soll erreicht werden, dass die «Dingi»-Baracke nicht in den an Wohngebiet anschliessenden Baumgarten nördlich der Anstalt, sondern in das nahe beim Sportplatz westlich liegende Wiesland zu stehen kommt; dazu ist eine Umzonung notwendig. Die 50 Unterzeichnenden betonen, das «Dingi» nicht verhindern, aber zumindest verschieben zu wollen. Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, die Motion an seiner Sitzung vom kommenden Donnerstag nicht zu überweisen.

«Dingi» nennt man das kleine Beiboot zu einem Segelschiff. Genau gleich soll das Betreuungsprojekt von drogenabhängigen Strafanstaltsinsassen funktionieren. Das «Dingi» ist eine Baracke, in welcher drogen-süchtige Gefangene sich freiwillig im letzten Jahr des Strafvollzuges einer 12monatigen intensiven Betreuung und «Schulung» für den Weg zurück in die Gesellschaft unterziehen, wobei sie sechs Monate hier leben und wirken und sechs Monate extern arbeiten. «Dingi» soll autonom sein, und um die Distanz zur Drogenszene und deren Versuchungen in der Anstalt zu gewährleisten, ist vorgesehen, die Wohnbaracke wohl auf Strafanstaltsareal, aber ausserhalb der Mauern zu errichten. Der auf drei Jahre befristete Versuch, einmalig in der Schweiz, kostet runde drei Millionen, woran der Bund den Löwenanteil leistet. Das Pilot-Projekt wird von der Anstaltsleitung, dem Regierungsrat und der aargauischen Drogenkommission befürwortet.

Widerstand aus der Nachbarschaft

Als die Strafanstaltsleitung an einer öffentlichen Orientierungsversammlung die Bevölkerung über Projekt und Baugesuch für die Baracke informierte, wurde starker Widerstand aus der unmittelbaren Nachbarschaft des «Fünfstems» manifest. Die Opposition gegen den «Dingi»-Standort konkretisierte sich dann in der Formulierung und Einreichung einer Motion, welche von 50 Personen unterzeichnet wurde. Es bildete sich eine «Interessengemeinschaft der Quartier-Bewohner im Gebiet Strafanstalt Lenzburg», welche in einem Schreiben an den Einwohnerrat die Gründe ihres Vorstosses ausführlich darlegt. Ziel sei es nicht, das «Dingi»-Projekt zu verhindern, wird ausdrücklich betont: «Den Motionären geht es nicht um eine obstruktive Verhinderungs- oder St. Florians-Politik; auch sie zählen sich zu den verantwortungsbewussten Mitbürgern, die um das bedrückende Drogenproblem wissen und ein durch Experten empfohlenes, zeitlich befristetes Experiment nicht einfach abschliessen wollen.» Die Motion bezwecke vielmehr «eine einvernehmliche, allseits akzeptable Kompromiss-Lösung». Es gehe darum, «die Auswirkungen einiger unerwünschter, aber nicht vermeidbarer Begleiterscheinungen des Projekts zu minimieren; in einem möglichst schonenden Umgang mit dem Umfeld nicht unnötig Erhaltenswertes zu opfern; den Anwohnern und Quartier-Bewohnern keine Zustände zuzumuten, die mit hoher Wahrscheinlichkeit böses Blut schaffen und das nachbarschaftliche Verhältnis zur Strafanstalt und zu den Behörden belasten; möglichst grosse Sicherheit für alle zu erreichen» sowie «die Zukunft der Quartiere weiterhin lebenswert zu erhalten».

Standort verschieben

Es geht also primär um den Standort der «Dingi»-Baracke. Vorgesehen ist dafür der Strafanstalts-Baumgarten auf der Ostseite, ausserhalb der Mauer, in die Zone für öffentliche Bauten eingeteilt. Unmittelbar vis-à-vis befindet sich nun allerdings das Wohnquartier Bergfeldweg/Ammerswilerstrasse, wo nicht nur Strafanstalts-Angestellte wohnen. Hier beginnt auch das Naherholungsgebiet der Stadt, von vielen Wanderern mit dem Ziel Fünfweiher und Esterliturm begangen. Die Motion verlangt nun, die Zone für öffentliche Bauten, angrenzend an Ammerswilerstrasse / Bergfeldweg, entlang der Linie in der Fortsetzung der Südostmauer bis zur Ammerswilerstrasse, zu verkleinern bzw. das ungefähr dreieckige Stück Land der Grünzone zuzuweisen. Dafür soll die Grünzone westlich der Strafanstalt, zwischen Mauer und Sportplätzen Wilmatten, in die Zone für öffentliche Bauten aufgenommen werden, und zwar auf maximal der Länge der Westmauer und in der Breite bis hinab zur Wilstrasse. Damit könnte die Baracke praktisch von der einen Seite des Anstalts-Areals auf die andere unplatziert werden, nämlich dorthin, wo kein Wohnquartier unmittelbar anschliesst.

Angst vor Immissionen aller Art

Der Argumente gegen den projektierten Standort auf der Ostseite sind viele aufgeführt. Die Anwohner befürchten von der «Drogensucht-Therapiestation» Lärm durch Radios und Fernsehen (diese Lärmquellen sind von der Anstalt her jetzt schon vorhanden); Lärm von den Spiel- und Bewegungsräumen der «Dingi»-Insassen; Lärm und Belästigung durch zusätzlich aufkommenden Verkehr, auch zu Nachtzeiten; «ideelle Immissionen und Gefährdungsrisiken durch tolerierten oder nicht unterbindbaren) Drogenkonsum». Ferner wird darauf hingewiesen, dass der «zu jeder Jahreszeit wirklich schöne Baumgarten» erst kürzlich (mit Staatsmitteln neu angepflanzt wurde und jetzt zu rund einem Drittel ersatzlos geopfert würde. Die Spazierweg- und Erholungszone werde abgewertet, weil «viele Leute und Familien mit Kleinkindern diesen Weg in Zukunft eher meiden müssten». Auch fürchten die Anwohner um ihre Sicherheit, welche aufgrund von Aussagen der Strafanstaltsleitung, des Regierungsrates und des Psychiaters keineswegs gewährleistet sei: «Können Sie sich einen Drögeler, der ohne Drogen auskommen sollte,... mindestens 6 Monate lang, Auge in Auge, 24 Stunden vis-à-vis in einer provisorischen Baracke vorstellen? Würden Sie sich als Anwohner nicht auch wehren?»

Denkpause vertretbar

Entweder innerhalb der gesicherten Ummauerung oder an einem anderen Standort, lautet deshalb die Forderung der Motionäre, welche mit ihrer Umzonungsidee immerhin eine konstruktive Kompromisslösung offerieren. Dass «Dingi» durch eine Umzonung verzögert wird, ist ihnen klar, «angesichts der Dimensionen des Drogenproblems und der hohen Ansprüche, die das Dingi stellt», sei eine Denkpause indes «mehr als vertretbar». Umso mehr, als bezüglich des «Dingis» «offensichtlich Konzeptionslosigkeit herrscht», was auch «ins Gesamtbild der Drogenpolitik des Kantons» passe - siehe Fall Elfingen. Im weiteren wird auf Ausbaupläne der Strafanstalt hingewiesen, über welche jedoch nichts Konkretes bekannt ist. Jedenfalls, so die Anwohner, könne der Anstalts-Ausbau vernünftigerweise nur nach Westen oder Südwesten erfolgen. Dafür würde die beantragte Umzonung der Strafanstalt nur nützlich sein. Schliesslich halten die Motionäre fest, dass auch bei einer blossen Auszonung des Baumgartens für die Zukunft der Anstalt alle Möglichkeiten offen bleiben; das «Dingi» müsste dann halt hinter den Mauern untergebracht werden.

«Korrigierend eingreifen»

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat, die Motion nicht zu überweisen; eine Begründung dieser Haltung liegt schriftlich nicht vor, die Exekutive hat bisher zum «Dingi»-Projekt beharrlich geschwiegen. «Der Schutz der Bevölkerung ist nach wie vor die vornehmste Aufgabe und Pflicht der Behörden», halten die Motionäre fest, und: «Diese Aufgabe erfüllt der Stadtrat bezüglich des «Dingi» ungenügend.» Der Einwohnerrat wird dazu aufgerufen, «korrigierend einzugreifen».